

LANDESBUDGET

Reiche und etwas weniger reiche Gemeinden

VADUZ – Gemäss dem gestern verabschiedeten Landesbudget 2005 sollen die Gemeinden nächstes Jahr vom Staat gesamthaft 10 Mio. Franken mehr bekommen als in diesem Jahr. Dennoch gab es seitens der Gemeinden heftige Kritik, dass die Pauschalsubventionen an die Gemeinden gemäss Budget von 9 auf 5 Mio. Franken gekürzt werden sollen. Angesichts der komfortablen Finanzlage der Gemeinden wurde diese Kürzung als vertretbar erachtet. In der gestrigen Landtagsdebatte über das Budget 2005 stellte diese Kürzung das zentrale Thema dar.

Vor allem der VU-Abgeordnete Donath Oehri, Vorsteher von Gamprin, wehrte sich vehement. Man spare «auf dem Buckel der Gemeinden» und suggeriere der Bevölkerung, dass es den einzelnen Bürger nicht treffe, kritisierte Oehri, der gar die Ansicht vertrat, dass diese Kürzung «rechtlich fragwürdig» sei. Er verzichte auf einen Antrag, diese Kürzung rückgängig zu machen, weil er dies von der FDP erwarte, schloss Oehri.

Reiche und etwas weniger Reiche

In der Tat kündigte Wendelin Lampert (FDP) an, dass er Antrag auf Nichtkürzung stelle, «aber man muss auch geben, nicht nur nehmen». Von seinem Alternativvorschlag, die Kapital- und Ertragssteuersatz von 50 auf 47 Prozent zu reduzieren, würden die finanz-



Brachte konstruktiven Alternativvorschlag ein: Wendelin Lampert (FDP).

schwachen Gemeinden profitieren, so Wendelin Lampert: «Nehmen wir den Reichen etwas und geben es den weniger Reichen.» Konkret würde es in diesem Fall die Gemeinden Vaduz, Schaan und Triesen treffen, für Gamprin wäre es ein «Nullsummenspiel», währenddem die anderen sieben Gemeinden profitieren würden. Die Gemeinden würden über stolze Reserven von insgesamt 380 Mio. Franken verfügen und deshalb könne man angesichts der Finanzlage des Landes nicht einfach nichts tun, bemerkte der Triesenberger Abgeordnete, der nicht verhehlte, dass von seinem Vorschlag die Gemeinde Triesenberg am meisten profitiert hätte.

Geteilte Meinungen im Landtag

Querbeet durch die Fraktionen stiess der Vorschlag von Lampert, der letztlich mit nur 7 Stimmen verworfen wurde, auf geteilte Meinungen. Meist gehörter Einwand: Die Budgets der Gemeinden seien schon gemacht. «So konstruktiv der Vorschlag sein mag, für die Gemeinden ist er zu kurzfristig», sagte etwa Rudolf Lampert (FDP). Ähnlich auch Ivo Klein (VU): Vom Ansatz her sei der Antrag «richtig, weil die finanzschwachen Gemeinden weniger belastet werden», er habe aber aufgrund der Kurzfristigkeit Mühe, diesem inhaltlich richtigen Vorschlag jetzt zuzustimmen.

Für Gemeinden verträglich

Regierungschef Otmar Hasler äusserte Verständnis dafür, dass sich der Vorsteher von Gamprin für seine Gemeinde einsetzt, nicht einig ging er mit ihm jedoch darin, dass die Kürzung rechtlich fraglich sei. Das Gesetz schreibe sogar vor, dass der Landtag die Subvention jährlich bewilligen müsse. Wesentlich sei die Frage, ob die Gemeinden mit diesen Mitteln ihre Aufgaben erfüllen können oder nicht. Angesichts der Gemeindehaushalte könne er sich «schlichtweg nicht vorstellen», dass dies nicht der Fall sei, so der Regierungschef. (MF)

Verantwortungsvolles Budget

Landesbudget gestern im Landtag: Lob von der FDP, Kritik von der VU

VADUZ – Geteilte Meinungen bei der Behandlung des Landesvoranschlags: Seitens der FDP-Fraktion wurden die Sparanstrengungen der Regierung gewürdigt. Die Opposition hingegen übte sich einmal mehr in kategorischer Ablehnung.

• Martin Frommelt

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Finanzkommission sagte Johannes Kaiser, das von der Regierung vorgelegte Budget verdeutliche «erneut die grosse Anstrengung, welche durch Regierungschef Otmar Hasler unternommen wurde, um in Anbetracht des wirtschaftlichen Umfeldes die Laufenden Ausgaben zu straffen und die für die Einnahmengenerierung stabile Rahmenbedingungen zu setzen».

Einnahmensicherung

Im Hinblick auf die Einnahmensicherung lobte Kaiser die umfangreichen Massnahmen der Regierung Hasler zum Schutz unseres Wirtschaftsstandortes: «Die Stützung des Finanzplatzes ist die mit Abstand wichtigste Massnahme zur Einnahmensicherung. Nur mit den Einnahmen dieses bedeutenden Wirtschaftsteils können wir den gut ausgebauten Sozialstaat überhaupt finanzieren. Die steuerpflichtigen natürlichen Personen tragen nur rund 6 Millionen an die Staatsausgaben bei. Ich möchte mir lieber nicht vorstellen, was passiert, wenn durch verfehlte Politik Einnahmen in grösserem Umfang aus dem Umfeld des Finanzplatzes fehlen würden.»

Solide Vermögenspolitik

Die Entwicklung der Vermögenserträge gibt gemäss Kaiser durchaus Anlass zur Zufriedenheit: «Wenn das Resultat gemäss mutmasslicher Rechnung in der Grössenordnung von 34 Mio. Franken eintrifft, so wäre das angesichts der unstabilen Börsen- und Währungssituation, sehr tiefen Zinsen im Schweizer Franken, ein spitzenmässiges Resultat.» Was die voraussichtliche Unterdeckung betrifft, zeigte sich auch Kaiser «nicht erfreut». Es sei hoffentlich allen klar, dass Korrekturen bei den Beitragsleistungen nötig seien, so der FDP-Abgeordnete. Die Regierung sei diesbezüglich ja nicht untätig gewesen, anerkannte Kaiser: «Einzelne Massnahmen haben zum Erfolg geführt, wie bei der Krankenkasse mit der Nullrunde bei den Krankenkassenprämien, andere wie bei der NBU nicht.»

«Überreaktion» nicht angebracht

FDP-Fraktionssprecher Markus Büchel sagte, angesichts der Haus-



Anerkannten, dass die Regierung trotz schwierigem Umfeld ein solides Landesbudget vorlegen konnte (v.l.): Die FDP-Abgeordneten Markus Büchel, Johannes Kaiser und Alois Beck.

haltsentwicklung der Jahre 2001 bis 2003, es sei «ein verantwortungsbewusst erstelltes Budget» und es gebe «keinen Grund zu Überreaktionen». Dies bedeute aber nicht, «dass wir uns keine Sorge machen müssen und Korrekturen einleiten müssen, die für alle Beteiligten tragbar sind», so Markus Büchel: «Diese vergangenen 3 Jahre hatten die grösste Zäsur seit langer Zeit zu verarbeiten, einen Rückgang der Steuererträge von über 90 Mio. Franken innerhalb von 2 Jahren, sowie schmerzliche Abschreibungen bei den Poolanlagen. Gleichzeitig sind die Forderungen an den Sozialstaat gestiegen.»

Bemerkenswerte Leistung

Nach Aussage von Markus Büchel ist es angesichts dieser überaus schwierigen Rahmenbedingungen erstaunlich, dass für diese Mandatsperiode ein positiver Saldo in der Laufenden Rechnung resultiert: «Trotz Konjunktur- und Börseneinbruch mit deutlich weniger Steuereinnahmen hat die Regierung Hasler in den vergangenen Jahren einen Überschuss von rund 60 Mio. Franken erzielt, das ist doch bemerkenswert.» Als «kleinen Wermutstropfen» bezeichnete der FDP-Fraktionssprecher den Umstand, «dass der Cash Flow für die Finanzierung der gesamten Investitionen nicht mehr ganz ausreicht und die Gesamtrechnung nicht auch noch einen kumulierten Überschuss aufweist».

Erich Sprenger (VU) warf der Mehrheitsfraktion vor, eine «Be-weihräucherung» der Regierung zu betreiben.

«Zeiten, Weiber und Geld»

Ähnlich äusserte sich auch Peter Sprenger (VU), der den Spruch zitierte «es ändern sich die Zeiten, die Weiber und auch das Geld», wozu er bemerkte: «Ich fühle mich bei den Voten der Mehrheitspartei an diesen Spruch erinnert. Die FDP hat früher bei weitaus besseren Zahlen den Untergang des Vaterlandes heraufbeschworen. Heute aber gibt man sich wehleidig, wenn bei einem Defizit von 25 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung kritische Voten kommen.»

Besorgniserregendes Budget

Ingrid Hassler-Gerner (VU) sagte, man könne beim besten Willen nicht von einem ausgewogenen Vorschlag sprechen, wobei das Wort «besorgniserregend» hier «nicht total fehlgegriffen» sei: «Dieses Budget zeugt nicht von nachhaltigem Sparen und von Beherrschen der Ausgabenpolitik.» Konkret monierte sie, dass die Expertenhonore mit fast 7 Mio. Franken «einfach zu hoch» seien, hier könne man auch mit 4 Mio. auskommen. Nach Aussage von Hassler-Gerner ist die Aufwandsteigerung von 37 Mio. Franken oder 5,3 Prozent zu hoch. Sie hätte erwartet, dass das Ausgabenwachstum bei maximal 2 Prozent

liege. Alois Beck (FDP) sagte, diese Forderung sei «etwas zu ambitiös»: «Was wäre passiert, wenn die Regierung auf diese 2 Prozent gegangen wäre? Dann hätte die Regierung massiv Ausgaben kürzen oder die Steuern erhöhen müssen, und dann hätte die Opposition erst recht aufgehault!»

Ausgabensteigerung wurde deutlich reduziert

Regierungschef Otmar Hasler bedauerte, dass die Opposition die nachweislichen Sparbemühungen – drastische Reduktion bei der Aufwandsteigerung, beim Stellenwachstum und beim Sachaufwand – nicht sehen wolle. Bekanntlich beliefen sich die Aufwandsteigerungen im Jahre 2001 noch auf 15 Prozent, während die Regierung Hasler hier eine Trendumkehr erreichte. Zudem seien unter seiner Regierung keine neuen Leistungen eingeführt worden, bemerkte Hasler.

Sparwille gefragt

Mit Blick auf das kategorische Ablehnen jeglicher Spar-Vorschläge durch die Opposition, sagte der Regierungschef, zentral sei der Sparwille. Man könne nicht dauernd fordern, dass die Ausgaben heruntergefahren werden müssten und handkehrum jede Massnahme ablehnen, weil dies der Bürger spüre: «Irgendwo muss jeder dazu beitragen und dann kommen wir um verschiedene Massnahmen nicht herum.»



Kein Gehör für das Budget, aber auch keine Verbesserungsvorschläge: Die VU-Fraktion (In der Bildmitte Donath Oehri).



«Wir kommen um verschiedene Massnahmen nicht herum»: Regierungschef Otmar Hasler.